Die ganz großen Brüder der AfD

Die Unabhängigkeitserklärung der USA enthält ein universales Versprechen. Beschämend nur, dass Trump, Vance und Co. es gerade aushöhlen.



Wladimir Putin und Donald Trump bei ihrem Treffen in Alaska im August 2025. FOTO: IMAGO/SERGEY BOBYLEV

Gastbeitrag von J. D. Bindenagel

Mit der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt sind die deutschen Kulturkriege wieder voll aufgeflammt. Die AfD versucht weiterhin, die Erinnerung an den Holocaust als bloßen „Schuldkult“ abzutun. Damit greift die Partei die moralischen Grundlagen des Selbstverständnisses der deutschen Demokratie nach dem Holocaust in direkter und elementarer Weise an.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist gewiss kein Allheilmittel gegen den Nationalsozialismus, und es überrascht nicht, dass völkisch-autoritärer Rassismus fortbesteht und in der AfD wieder aufgetaucht ist.

Was die Position der AfD allerdings noch befremdlicher macht, ist die Tatsache, dass ihre Strategie im Umgang mit den dunklen Seiten der deutschen Geschichte Wladimir Putin und dessen Ansatz zur rückwirkenden Schönfärbung der sowjetischen Geschichte widerspiegelt.

Sowohl die AfD als auch Putin lehnen jegliche Auseinandersetzung mit kollektiver Schuld oder Verantwortung für mörderische, staatlich gelenkte Handlungen in der Vergangenheit ihres jeweiligen Landes entschieden ab.

Geschichtsrevisionismus findet man bei Putin genauso wie bei Gauland und Höcke

So weigert sich Putin, sich in irgendeiner ernsthaften Weise mit dem Gedenken an Stalins Opfer auseinanderzusetzen. Stattdessen wird deren Leid von ihm bewusst heruntergespielt, indem er ihre Geschichte durch verzerrte Fakten manipuliert und damit ihr Andenken unterdrückt. Gedenkstätten werden abgerissen, und jedes weitere Wirken von „Memorial“, der russischen Menschenrechtsorganisation, die 2022 den Friedensnobelpreis erhielt, wurde in Russland im April 2026 gerichtlich verboten.

Ähnlich verhält es sich mit dem Geschichtsrevisionismus, wie ihn etwa Björn Höcke und Alexander Gauland betreiben. Besonders infam ist dabei die These, dass das NS-Regime in der tausendjährigen deutschen Geschichte nur einen „Vogelschiss“ darstelle.

Mit solchen Gedankenblüten versucht die AfD, den öffentlichen Diskurs in Deutschland auf den Stand von vor über 40 Jahren zurückzuversetzen. 1985 erkannte Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer für die Nachkriegsgeschichte Deutschlands wegweisenden Rede die deutsche Verantwortung für die während der Nazi-Zeit begangenen Verbrechen an. Weizsäcker tat dies mit der Feststellung, dass der 8. Mai 1945 in den Geschichtsbüchern nicht als Tag der Niederlage Deutschlands, sondern als Tag der Befreiung vom Nazi-Regime betrachtet werden sollte.

Nach 1945 war die Rolle der USA im Umgang mit dem Holocaust sehr positiv. Die USA können auf eine stolze Tradition mit Blick auf die Re-Demokratisierung der Bundesrepublik zurückblicken, durch ihre Befreiungstat wurde der „Nie wieder“-Gedanke erst etabliert.

Über das vergangene Vierteljahrhundert ist insbesondere die von amerikanischer Seite propagierte und vorangetriebene Aushandlung der Washingtoner Prinzipien von 1998 hervorzuheben. Diese zielt auf Wiedergutmachung der nationalsozialistischen Plünderungen ab, damit die gestohlenen Kunstwerke nicht indirekt die Verbrechen des Nationalsozialismus weiter fortbestehen lassen.

Umso erschreckender sind die Parallelen zwischen den antidemokratischen Aktivitäten der AfD und jenen der Trump-Regierung in den USA. Die aktuelle Kampagne der AfD gegen die Erinnerungskultur weist eine sehr beunruhigende, bis vor Kurzem unvorstellbare Dimension der transatlantischen Kooperation auf.

Während AfD-Politiker regelmäßig die Frage stellen, ob die deutsche Identität weiterhin mit dem Erbe des Holocaust verbunden sein müsse, hat die Trump-Regierung ihrerseits mit einem ähnlich gelagerten Vorhaben begonnen.

Ihr geht es bei ihrem Geschichtsrevisionismus darum, die Kernaussage der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung umzudeuten. Darin heißt es, dass alle Menschen „gleich geschaffen und von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, darunter das Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück“.

In geschichtswidriger Weise wird nun versucht, die Hauptaussage der Unabhängigkeitserklärung religiös aufzuladen – dahingehend, dass die Amerikaner „alle nach dem Ebenbild eines allmächtigen Gottes geschaffen“ seien.

Diese Formulierung ist freilich kein Bestandteil der Unabhängigkeitserklärung, sondern ein Bibelvers aus dem Buch Genesis. Und der widerspricht der bewusst säkular ausgerichteten Verfassungstradition des Landes auf elementare Weise.

Das hinderte Donald Trump nicht daran, in seiner Rede aus Anlass des 250. Jahrestags der USA am 4. Juli dieses Jahres zu behaupten: „Und wie uns unsere Unabhängigkeitserklärung besagt, sind wir alle nach dem Ebenbild eines allmächtigen Gottes geschaffen.“ Um dann in einem typisch Trump’schen Ceterum censeo hinzuzufügen: „Und ein Kommunist wird das niemals sagen. Das ist ganz sicher.“

Der Zweck dieser absichtlichen Fehlinterpretation liegt auf der Hand: Sie löst die Rechtfertigung der übergeordneten Bedeutung der Menschenrechte von der universellen, säkularen Gleichheit aller Menschen und verbindet sie direkt mit einer Form des religiösen Nationalismus.

Das amtliche Anheizen eines Kulturkriegs findet sich auch in offiziellen US-Dokumenten wie der Exekutivverordnung vom März 2025 zur „Wiederherstellung von Wahrheit und Vernunft in der amerikanischen Geschichte“. Darin beklagt der Präsident, dass „die bemerkenswerten Errungenschaften der Vereinigten Staaten“ etwa dadurch untergraben wurden, dass frühere amerikanische Bundesregierungen danach strebten, systemische Ungleichheiten zu beseitigen. Und er stuft politische Bewegungen, die sich für Rassengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit einsetzen, als „zerstörerische Ideologien“ und „historische Umdeutungen“ ein, die die Nation spalten und durch die „ihre Gründungsprinzipien und historischen Meilensteine in ein negatives Licht gerückt wurden“.

Auch wenn es in den vergangenen Jahrzehnten tatsächlich einige übertriebene Bestrebungen gab, die US-Geschichte „als von Natur aus rassistisch, sexistisch, unterdrückerisch oder anderweitig unüberwindbar fehlerhaft“ (Trump) darzustellen, geht die Verordnung des Präsidenten weit über seine Absicht hinaus, diesen Bestrebungen Einhalt zu gebieten. Stattdessen will Trump eine umfassende Bewegung in genau die entgegengesetzte Richtung legitimieren.

Hier soll dem Geschichtsrevisionismus der Boden bereitet werden, und dabei leistet der Supreme Court dem US-Präsidenten aktive Schützenhilfe, etwa indem er fundamentale, in den Sechzigerjahren verabschiedete US-Reformgesetze wie den „Voting Rights Act of 1965“ aus den Angeln hebt.

In gesamtgesellschaftlicher Perspektive ist dieses Gesetz, das systematische Stimmrechtsbenachteiligung der schwarzen Bevölkerung zu verhindern suchte, eine sehr konkrete Ausdrucksform der spezifischen Erinnerungskultur der USA. Solche Gesetze außer Kraft zu setzen, ist nicht nur rechtlich unverantwortlich, sondern auch gesellschaftlich destruktiv.

Ihre Abschaffung ist zudem die verfassungsrechtliche Umsetzung eines Geschichtsrevisionismus, der dem Ziel ähnelt, das die AfD in Deutschland anstrebt – eine angemessene Anerkennung und Aufarbeitung der dunklen Phase der deutschen Vergangenheit soll künftig verhindert werden.

Bereits in den Neunzigerjahren hatte Samuel P. Huntington sein Konzept eines Kulturkonflikts beschrieben, bei dem die Kultur zur Hauptursache globaler Konflikte werden und sowohl Ideologie wie Wirtschaft in ihrer Wirkmacht übertrumpfen würde.

In einer frappierenden Aktualisierung dieses Ansatzes, die vom US-Vizepräsidenten J. D. Vance propagiert wird, findet der zivilisatorische Kampf nun zwischen Christentum und Säkularismus statt – und zwar innerhalb des Westens. Dabei scheint Vance völlig zu übersehen, dass der Säkularismus als Feindbild ein Gedankenansatz ist, der etwa auch den Religionsführern in Iran attraktiv erscheinen dürfte.

Trump wie auch die AfD lehnen die Unverletzlichkeit der Menschenwürde ab

Im Mittelpunkt der Unterscheidung steht die Frage, ob Gesellschaften eine liberale, universalistische Zukunft anstreben oder einen illiberalen, ethnonationalistischen und ausgrenzenden Ansatz verfolgen.

Tatsächlich ist der Universalismus, der in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung deutlichen Ausdruck gefunden hat, eine radikale Idee. In ähnlich radikaler Form betont das deutsche Grundgesetz die Unverletzlichkeit der Menschenwürde und schreibt vor, dass der Staat deren Achtung vorrangig gewährleisten muss.

Im Gegensatz dazu betrachtet der Ethnonationalismus die Nation als eine Gemeinschaft, die allein durch Familie, Religion und kulturelle Bräuche bestimmt wird. Er hebt die Bedeutung einer strikten nationalen Politik zum Schutz dieses Erbes vor dem angeblichen Verfall hervor.

Seine Anziehungskraft liegt in der Förderung eines Gefühls der Verwurzelung und der ethnischen Identität, führt in der gelebten Realität jedoch dazu, demokratische Rechte auf Personen zu beschränken, die ein bestimmtes, oft künstliches Identitätsgefühl oder Erbe teilen.

Der rechtlich weitreichendste Teil dieser ethnonationalistischen Umdeutungsbemühungen war das vehemente Bestreben Donald Trumps, das in den USA geltende „Ius soli“-Geburtsrecht aufzuheben. Immerhin dieser Grundsatz – dass alle Menschen, die innerhalb der US-Gerichtsbarkeit geboren werden, unabhängig von der Nationalität ihrer Eltern US-Staatsbürger sind – wurde aber vor Kurzem vom Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten bestätigt, was angesichts der sonstigen Entscheidungspraxis des Gerichts erfreulich ist.

Die von der AfD geschürten deutschen Kulturkriege stehen im Einklang mit J. D. Vance’ Vorstellung von Stammes(!)überlegenheit. Ziel der AfD ist es, die deutsche Identität im Sinne ethnischer Reinheit neu zu gestalten. So wurzeln die Erinnerungskultur und das Prinzip des „Nie wieder“ beide im Glauben an eine universelle Menschenwürde. Das ist etwas, was die AfD, in den USA unterstützt von Elon Musk und J. D. Vance, entschieden ablehnt.

Dass die Deutschen nun erleben müssen, wie ausgerechnet Amerikaner die Aushöhlung dieses Versprechens betreiben, das ursprünglich von Überlebenden von Buchenwald und anderen NS-Konzentrationslagern abgegeben wurde, die an die Universalität der Menschenwürde glaubten, ist für die amerikanische Demokratiegeschichte ebenso besorgniserregend wie beschämend.

Elon Musk sagt, Empathie zu praktizieren, sei der größte Fehler der westlichen Zivilisation. Damit ist er auch Sprachrohr aller rechtsextremen Menschen, die Geschichte allein durch eine Art Stammesbrille betrachten und Anhänger der universellen Menschenwürde tendenziell als Tyrannen oder Volksverräter ansehen.

So bedauerlich diese Sichtweise ist, unter hochrangigen Vertretern der Trump-Regierung ist sie nicht unerwartet. Insbesondere der Neukatholik J. D. Vance interpretiert das christliche Konzept der „ordo amoris“ (Ordnung der Liebe) neu. Er schlägt vor, dass die eigene Gruppe Vorrang vor anderen haben sollte – was im Gegensatz zu traditionellen christlichen Lehren steht. Mit seinem ethnonationalistisch gelagerten Ansatz versucht Vance, den universellen Charakter der US-Unabhängigkeitserklärung nicht nur aus den Angeln zu heben, sondern durch „Christianisierung“ gänzlich zu verleugnen.

Die meisten Menschen in Europa wie in Amerika sind weiter auf Seiten der Demokratie

Der Ansatz der AfD zur Neugestaltung der deutschen Politik befindet sich damit weitgehend in Einklang. Die Partei will den Begriff der Menschenwürde ja effektiv auf „Biodeutsche“ reduzieren – also hauptsächlich auf weiße Deutsche. Zugleich will sie damit das moralische Fundament der westlichen Sichtweise der Weltrechtsordnung nach dem Holocaust untergraben. Diese beruht ja grundsätzlich auf der Überzeugung, dass die Menschenwürde universell und Empathie daher unverzichtbar ist.

Beides sind letztlich sehr ähnlich gelagerte Formen des Geschichtsrevisionismus, die nicht nur unsere jeweilige nationale Wertegemeinschaft zu zerstören suchen, sondern auch die des gesamten Westens. Gleichzeitig ist es von entscheidender Bedeutung, sich an eines zu erinnern: Die meisten Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks teilen nach wie vor gemeinsame Werte wie Demokratie, wirtschaftliche Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Die gleichzeitigen, auf Zersetzung dieses Wertekonsenses angelegten Bestrebungen der AfD in Deutschland und der Trump-Regierung in den USA sollten uns nicht nur eine klare Warnung, sondern auch große Motivation zum entschlossenen Widerstand sein.

All das vollzieht sich zu allem Überfluss in einer Zeit, in der der Westen und die Resilienz seiner Demokratien durch autokratische Regime und strukturelle Veränderungen in der Weltwirtschaft mehr denn je herausgefordert sind.

Es ist deshalb unerlässlich, die Beziehungen zwischen den Gesellschaften beiderseits des Atlantiks durch Austausch, Zivilgesellschaft, Basisbewegungen, Kultur und Wissenschaft zu stärken.

Getragen von umsichtig agierenden politischen Parteien der demokratischen Mitte, der Zivilgesellschaft, der Kultur und der Wissenschaft lassen sich so gemeinsame demokratische Werte widerstandsfähig gegen jene verteidigen, die sie – ob in Berlin, Moskau oder Washington – für ihre eigenen Zwecke radikal umzudeuten versuchen.

J. D. Bindenagel ist Fellow am Global Ideas Center (GIC) in Berlin, das sich auf die Stärkung der Resilienz westlicher Demokratien fokussiert ist. Er war im Lauf seiner diplomatischen Karriere stellvertretender Missionschef an den US-Botschaften in Ostberlin und Bonn. Im Namen der US-Regierung hat er die „Washingtoner Prinzipien“ von 1998 zum Umgang mit der Raubkunst der Nationalsozialisten ausgehandelt und wurde anschließend 1999 von Präsident Bill Clinton zum US-Botschafter und Sonderbeauftragten der US-Regierung für Fragen des Holocaust ernannt.